



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

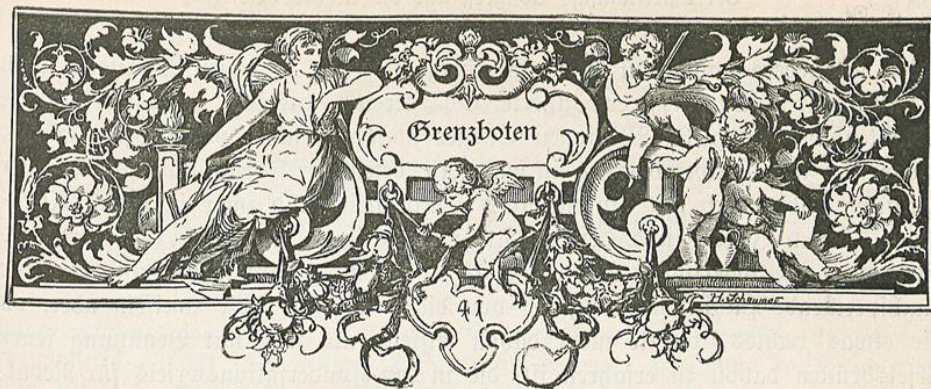
**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der amerikanische Kongreß und die Monroe-Doktrin

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Der amerikanische Kongreß und die Monroe-Doktrin



In diesen Tagen — am 14. Oktober — wird in Washington eine Versammlung eröffnet werden, die in verschiedenen Beziehungen auch diesseits des Atlantischen Meeres zu denken giebt. Es ist der Kongreß zur Beratung einer Anzahl gemeinsamer Interessen und Einrichtungen, zu dem die Regierung der Vereinigten Staaten die obersten Behörden der übrigen politischen Gemeinwesen Amerikas, soweit sie unabhängig sind, Vertreter zu schicken eingeladen hat. Die Sache nimmt sich für die, die ihr fernstehen und sich überhaupt um die Politik der Yankees in den letzten Jahrzehnten nicht ernstlich bekümmert haben, ziemlich harmlos aus, etwa wie ein größeres Seitenstück zu den Bestrebungen, die eine Annäherung der skandinavischen Staaten im Münz-, Zoll- und Rechtswesen zum Ziele haben. Näher betrachtet und mit frühern Ereignissen verglichen, gewinnt sie aber weit größere Bedeutung und erscheint als Glied in einer Kette von Thatfachen, die sich nur der an die Seite stellen läßt, der wir in der rasch wachsenden Ausdehnung der russischen Macht in Asien begegnen, als Äußerung eines weltgeschichtlichen Prozesses, der, wenn sich ihm für jetzt unüberwindliche Schwierigkeiten entgegendämmen, in nicht zu ferner Zukunft sein Ziel zu erreichen und eine Macht in die Welt einzuführen bestimmt zu sein scheint, der nur die Gesamtheit aller Großmächte Europas die Spitze zu bieten vermöchte. Es ist der panamerikanische Gedanke, den wir vor uns haben, der Gedanke, nach dem es offenbare Bestimmung (manifest destiny) ist, daß die Vereinigten Staaten dereinst alle Staaten Amerikas unter ihrer Fahne vereinigen werden, weshalb sie sich auch amtlich als United States of America nicht of North-America bezeichnen. Der Glaube, daß es der Wille der Vorsehung sei, daß die Union sich allmählich alle Staaten der westlichen

Welt angliedere und deren Kern und Herz bilde, ist in seinen Anfängen schon ziemlich alten Datums, er äußerte sich bereits, als der nordamerikanische Staatenbund erst zehn Millionen Bürger umfaßte, schon vor siebzig Jahren, zwar nur in negativer oder, wenn man will, defensiver Form und diplomatischer Fassung, aber doch mit hinreichender Deutlichkeit, und zwar in einem Aktenstücke, dessen Inhalt und dessen spätere Variationen in Reden, Büchern und Zeitungen die sogenannte Monroe-Doktrin bilden. Unsere Presse und das ihr nachsprechende Publikum reden viel von dieser „Lehre,“ wir zweifeln aber, ob sie etwas rechtes, ob sie mehr davon wissen, als was mit Benutzung jener Geselsbrücken davon zu erfahren ist, die in den Konversationslexicis für Redakteure, Leitartikelser und Berichterstatter und sonst für „jedermann aus dem Volke,“ soweit es wißbegierig ist, bereitstehen, und das ist ausnahmslos ein recht kärgliches Wissen. So halten wir es nicht für überflüssig, zunächst einmal ausführlich zu sagen, was es mit der Monroe-Doktrin bei ihrem ersten öffentlichen Auftreten für eine Bewandnis hatte.

Es war in der europäischen Restaurationszeit, in den Tagen der heiligen Allianz. Diese hatte sich mit dem Schwerte der Bourbonen in die Angelegenheiten Spaniens gemischt, wo die Liberalen sich gegen ein tyrannisches Königtum erhoben und ihm eine freisinnige Verfassung und Regierung abgezwungen hatten, und dort die alte Ordnung wieder hergestellt. Ungefähr zu gleicher Zeit hatten die amerikanischen Neuspanier das drückende Joch des Mutterlandes abzuwerfen versucht, nach schweren Kämpfen den Sieg behalten und die Monarchie durch eine Anzahl von Republiken ersetzt, die von der Union im Norden ohne Verzug anerkannt wurden. Europa zögerte nicht nur damit, sondern ließ die amerikanischen Politiker auch befürchten, daß wenigstens einige seiner Mächte es für Recht und Pflicht ansehen könnten, sich auch hier einzumengen und den politischen Neubildungen ein schleuniges Ende zu machen. Im Hinblick auf diese Gefahr und Not erließ der demokratische Präsident Monroe am 2. Dezember 1823 seine siebente Jahresbotschaft an den Senat und das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten, worin er nach Erörterung innerer Fragen der Angelegenheit ausführlich gedachte und die Stellung der nordamerikanischen Union zu ihr darlegte. Die betreffende Stelle seiner Ansprache lautet in deutscher Übersetzung:

Bei Beginn der letzten Session wurde berichtet, daß man in Spanien und Portugal große Anstrengungen mache, die Lage des Volkes dieser Länder zu verbessern, und daß man dabei mit außerordentlicher Mäßigung zu Werke zu gehen scheine. Es bedarf kaum der Bemerkung, daß das Ergebnis bis jetzt sehr verschieden von dem gewesen ist, was damals erwartet wurde. Allezeit haben wir den Ereignissen in der Gegend der Welt, mit der wir so viel Verkehr pflegen, und von der wir unsern Ursprung ableiten [Amerika als Ganzes ist natürlich gemeint, nicht Spanien und Portugal, wie man aus der unmittelbaren Anknüpfung an das Vorhergehende schließen könnte], als lebhaft teilnehmende und dabei interessirte Zu-

schauer gegenüber gestanden. Die Bürger der Vereinigten Staaten hegen die freundschaftlichsten Gefühle zu Gunsten der Freiheit und Wohlfahrt ihrer Mitmenschen auf dieser Seite des Atlantischen Meeres. In den Kriegen der europäischen Mächte, in den Angelegenheiten, die sich nur auf sie selbst beziehen, haben wir niemals irgendwie Partei ergriffen, auch stimmt das nicht zu unserm politischen Interesse. Lediglich wenn man sich Eingriffe in unsre Rechte erlaubt oder sie ernstlich bedroht, fühlen wir uns beleidigt oder treffen Vorbereitungen, uns zu verteidigen. Mit den Bewegungen auf dieser Halbkugel stehen wir notwendigerweise in unmittelbarer Verbindung, und zwar aus Ursachen, die allen erleuchteten und unparteiischen Beobachtern in die Augen fallen müssen. Das politische System der verbündeten Mächte [der heiligen Allianz] ist in dieser Beziehung wesentlich von dem Amerikas verschieden. Dieser Unterschied geht aus dem hervor, der in den Regierungen der einen und der andern besteht. Und der Verteidigung unsers Systems, das mit Verlust so vielen Blutes und Gutes errungen worden und durch die Weisheit unsrer erleuchtetsten Bürger zur Reife gelangt ist, und unter dem wir uns beispiellosen Glückes erfreut haben, weht sich diese ganze Nation. Wir sind es daher der Aufrichtigkeit und den freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen den Vereinigten Staaten und jenen Mächten bestehen, schuldig, zu erklären, daß wir jeden Versuch ihrerseits, ihr System auf irgend welchen Teil dieser Halbkugel auszudehnen, als Gefährdung unsers Friedens und unsrer Sicherheit betrachten würden. In die Angelegenheiten der vorhandenen Kolonien oder sonst abhängigen Gebiete einer europäischen Macht haben wir nicht eingegriffen und werden wir nicht eingreifen. Aber in Bezug auf die Regierungen, die ihre Unabhängigkeit erklärt und behauptet, und deren Unabhängigkeit wir nach reiflicher Überlegung und nach gerechten Grundsätzen anerkannt haben, könnten wir irgend welche Einmischung zu ihrer Unterdrückung oder zur Beeinflussung ihrer Geschicke in irgend einer andern Weise, die von irgend einer europäischen Macht ausginge, in keinem andern Lichte betrachten, als in dem einer unfreundlichen Kundgebung gegen die Vereinigten Staaten. In dem Kriege zwischen jenen neuen Regierungen und Spanien erklärten wir zu gleicher Zeit mit ihrer Anerkennung unsre Neutralität, und an dieser hielten wir fest und werden wir weiter festhalten, vorausgesetzt, daß keine Veränderung eintritt, die nach den Urteilen berufener Autoritäten unsrer Regierung eine entsprechende Veränderung auf Seiten der Vereinigten Staaten zur Folge hat, von der sich im Interesse ihrer Sicherheit nicht absehen läßt.

Die letzten Ereignisse in Spanien und Portugal zeigen, daß Europa noch nicht geordnet ist. Für diese wichtige Thatsache läßt sich kein stärkerer Beweis beibringen, als der, daß die verbündeten Mächte es auf Grund eines ihnen genügenden Prinzips für passend erachtet haben, gewaltfam in die innern Angelegenheiten Spaniens einzugreifen. Bis zu welcher Ausdehnung diese Einmischung nach demselben Prinzip getrieben werden darf, ist eine Frage, bei der alle unabhängigen Mächte, deren Regierungen sich von den ihren unterscheiden [insofern die einen republikanisch, die andern monarchisch sind], interessirt sind, selbst die entferntesten und keine mehr als die Vereinigten Staaten. Unsre Politik in Bezug auf Europa, die in einem frühzeitigen Stadium der Kriege angenommen wurde, welche so lange diesen Teil der Erde aufgeregte haben, bleibt denungeachtet dieselbe, d. h. die der Nicht-Einmischung in die innern Verhältnisse irgend einer von seinen Mächten, die, daß wir die Regierung *de facto* als die rechtmäßige Regierung für uns betrachten, daß wir durch eine offene, feste und mannhafte Politik freundschaftliche Beziehungen zu ihr pflegen, wobei wir uns den gerechten Ansprüchen jeder Macht fügen, aber

Ungerechtigkeiten gegen uns von keiner dulden. Dagegen liegen die Umstände hinsichtlich der Länder unsers Welttheils wesentlich und augenfällig anders. Es ist unmöglich, daß die verbündeten Mächte ihr politisches System auf irgend einen Teil des einen oder des andern Kontinents [des südlichen oder des nördlichen von Amerika] ausdehnen, ohne unsern Frieden und unsre Wohlfahrt zu gefährden, auch kann niemand glauben, daß unsre südlichen Brüder, sich selbst überlassen, es von selbst annehmen würden. Es ist also gleich unmöglich, daß wir solche Einmischung in irgend welcher Gestalt gleichgiltig mit ansehen würden. Betrachten und vergleichen wir die Stärke und die Hilfsquellen Spaniens und jener neuen Regierungen und die Entfernung derselben von einander, so liegt es auf der Hand, daß es sie niemals unterwerfen kann. Doch bleibt es die wahre Politik der Vereinigten Staaten, die Parteien sich selbst zu überlassen, jedoch in der Hoffnung, daß andre Mächte denselben Weg verfolgen.

Das ist die viel erwähnte Monroe-Doktrin in ihren Anfängen. Sie erklärt die Gemeinsamkeit der Interessen der republikanischen Staaten Amerikas gegenüber den europäischen Monarchien, dem System der heiligen Allianz, sie verlangt, daß letztere die neuen Regierungen im Süden der westlichen Kontinente sich selbst überlasse, wie die Regierung der Vereinigten Staaten sich jeder Einmischung in die innere Politik Europas enthalten habe und ferner zu enthalten gedenke, und sie droht, gegenüber jener Einmischung Europas oder vielmehr der europäischen Mächte außer Spanien in die Verhältnisse der neuspanischen Republiken nicht gleichgiltig bleiben zu wollen.

Dabei ist man nun in Washington geblieben und auch nicht geblieben. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat es stets vermieden, sich in die innern Fragen europäischer Länder zu mischen, was ihr freilich, auf gewaltsamem Wege versucht, nicht gelungen sein würde, es müßte denn in Irland unternommen worden sein. Sie hat sich auch diplomatischer Schritte in dieser Richtung enthalten, obwohl ihr solche einmal von einer Bewegung in der öffentlichen Meinung zugemutet wurden. Wir meinen die Zeit nach der Einmischung der Russen in die ungarischen Wirren und der Niederwerfung des revolutionären Magyarenstaates, wo Kossuth seine Rundreise durch die Union unternahm (1851) und den Yankeeß unter dem Beifall eines guten Theils ihrer Presse und vieler strebsamen Parteiführer über das Thema Intervention for Non-intervention predigte, womit er selbstverständlich in den Kreisen der Regierung kein Echo erweckte. Wohl aber hatte sich das Selbstgefühl der Nation seit Monroes Zeit gehoben, und mit ihm hatte sich eine starke Begehrlichkeit nach Einfluß auf die amerikanischen Nachbarn und selbst nach deren Landbesitz entwickelt, die besonders im Süden, in den Staaten der Sklaventhalter, viele Gemüther ergriffen hatte, da man hier das Gebiet zu erweitern wünschte, wo Baumwollenbau unfreie Arbeit zu erfordern schien und zu lohnen versprach, weil sich dann neue Staaten der Union angliedern ließen, deren Senatoren und Volksvertreter das Gewicht der sklavenhaltenden und freihändlerisch gesinnten alten vermehrt hätten. Monroes Gedanke war aus der Defensiv in

die Offensive übergegangen. Er hatte nicht ohne Berechtigung Mexiko und die südamerikanischen Republiken vor der europäischen Reaktion schützen wollen, weil mit diesen der republikanische Bundesstaat des Nordens für eine nahe Zukunft bedroht wurde, also mit ihnen zu verteidigen war. Jetzt aber wurden die „Brüder“ im ehemaligen Neuspanien von ihren Verwandten im Norden selbst bedroht, und zunächst nahm erst die öffentliche Meinung, dann auch die Regierung den mexikanischen Nachbar aufs Korn. So war schon lange vor 1851 der Staat Texas von Mexiko losgerissen und der Union angefügt worden, und so war 1847 der Eroberungskrieg ausgebrochen, worin die Generale Taylor und Scott das Heer Mexikos besiegten und bis zur Hauptstadt vordrangen, und dessen militärischer Erfolg das Gebiet Bruder Jonathans bis an das Stille Meer erweiterte und ihm ungeheure Strecken wertvollen Landes verschaffte, aus denen sich seitdem eine ganze Reihe von Staaten zum Teil von großer Bedeutung entwickelt hat. Der Appetit wächst mit dem Essen, und wenn die Regierung für die nächste Zeit gesättigt war, so gab es Parteien, die ihre aggressive Politik fortsetzten. Ihre Absichten auf Kanada, deren Träger vorzüglich das eingewanderte irische Element mit seinem Haß gegen England war, hatten vorläufig nicht viel zu bedeuten und konnten nur später, in der Zeit des Alabamahandels, ernsthafte Folgen haben. Bedenklicher aber waren die Flibustierzüge nach Cuba, die eine Losreißung dieser Insel, des lone star, von der Krone Spaniens, wozu die Partei der dortigen Unzufriednen die Hand bot, zum Ziele hatten, und noch gefährlicher die Banden von wilden und dreisten Abenteurern, die unter William Walkers Führung in Mittelamerika den Staat Nicaragua eroberten und eine Zeit lang in ihrer Gewalt behielten. Die Staatsbehörden beteiligten sich an diesen Versuchen, dem Banner Uncle Sams neue Sterne hinzuzufügen, nicht; man hatte mit der Verdauung der mexikanischen Beute und dann mit dem großen Streit im Innern, der die Pflanzler und Sklavenhalter des Südens mit ihren freihändlerischen und zentrifugalen Bestrebungen den schutzöllnerischen Fabrikanten, Abolitionisten und Unionsfreunden des Nordens gegenüberstellte, reichlich zu thun. Aber wenn man in diesen Kreisen die Begehrlichkeit, die die Erfolge gegen Mexiko nicht gestillt, sondern verstärkt hatten, schweigen ließ, so konnte sie zu jeder gelegenern Zeit wieder zu Thaten führen und die republikanische Großmacht, zu der die Vereinigten Staaten allmählich geworden waren, weiter anschwellen, ihrem panamerikanischen Endziele um weitere große Schritte sich nähern und schließlich auch der europäischen Staatenfamilie eine Gefahr werden lassen.

Da brach der große Bürgerkrieg zwischen den Föderalisten und Unionisten aus. Er schien sich zu einem Existenzkriege für den Bundesstaat gestalten zu wollen, und eine Zeit lang konnte man die Sezession für stark genug ansehen, sich dauernd zu erhalten. Jetzt war für Europa Gelegenheit gekommen, sich der Gefahr, zu der sich die Union entwickelt hatte, zu entledigen. Ein rascher

Entschluß, ein Bündnis zwischen den Westmächten gegen den amerikanischen Riesen wie kurz vorher gegen den russischen, kräftige Unterstützung der Sezessionisten durch eine Armada mit Landungstruppen, und die Union wäre für immer zerfallen, und zwar nicht bloß in zwei, sondern über kurz oder lang mindestens in vier Stücke: die atlantischen und Yankeeestaaten, die des Mississippibeckens bis an Dixons und Masons Line, die am Stillen Meere und die im Süden dieser Grenze, die allesamt mehr oder minder verschiedene Interessen hatten und eine Bevölkerung verschiedenen Charakters zeigten.

Unfähigkeit, sich rasch zu einem großen Schritte zu entschließen, Überschätzung der Schwierigkeiten, die ihn immerhin als ein gefährliches Wagnis auffaßte, ließen es nicht zu rechter Zeit zur Intervention kommen, und inzwischen begann sich die Waagschale des Krieges, in der die bundesstaatlichen Interessen und Bestrebungen lagen, schon sichtlich zu neigen, und damit erhob die Monroe-Doktrin, positiv der Ausdruck des Kraftgefühls der Yankees, wieder ihr Haupt. In Mexiko war eingetreten, was Monroe in seiner oben angeführten Botschaft für unmöglich gehalten hatte: man hatte sich im Erzherzog Maximilian einen Kaiser gegeben, Napoleon der Dritte unterstützte ihn mit einem ansehnlichen Heere, dem sich englische und spanische Truppen anschlossen. Aber die Gelegenheit war nicht zu der einzig geeigneten Zeit und nicht am rechten Orte, d. h. nicht am Potomac oder sonstwo in den Vereinigten Staaten selbst, wahrgenommen worden, und so erwies sich die Expedition als eine Halbheit, die über kurz oder lang mißglücken mußte. England und Spanien zogen sich sehr bald vor dem nun drohenden Quos ego aus Washington zurück, Napoleon räumte etwas später, nicht ohne Schaden für sein Ansehen, aus gleicher Rücksicht das Feld, und Kaiser Max, dessen Ehrgeiz das Sprichwort: Wer sich in Gefahr begiebt, kommt darin um, außer Acht gelassen hatte, wurde hingerichtet, mit demselben Rechte ungefähr, mit dem man amerikanische Eindringlinge erschossen oder gehenkt hätte, die irgendwo in einem europäischen Staate dem Volke die Republik zu bringen gewagt hätten. Die Monroe-Doktrin war es, wenigstens mittelbar, gewesen, die ihn auf den Sandhaufen geschickt und seinen dreiköpfigen europäischen Beistand heimgesegt hatte. Sie hatte sich als hinreichend kräftig bewährt, es gab fortan für die nordische Republik keinen monarchischen Nachbar mehr, an den sich die Südstaaten, die bei längerem Bestehen oder etwaigem Wiederaufleben der Sezession, dem Charakter der in ihnen herrschenden Klasse folgend, wahrscheinlich selbst eine Monarchie geworden wären, hätten anlehnen können, und nachdem man sich gewehrt und gesichert hatte, konnte man wieder, wenn auch jetzt nur diplomatisch, die aggressive Seite der Doktrin hervorkehren und bei Gelegenheit der Welt den Panamerikanismus, das Streben mindestens nach der Hegemonie der Vereinigten Staaten über Amerika fühlen lassen und unter der Hand langsam die Einverleibung der übrigen Republiken des Weltteils vorbereiten.

Diesem Zwecke soll nun offenbar auch der Kongreß dienen, den die nordamerikanische Regierung auf den 14. d. M. nach Washington berufen hat.\*) Sein Programm sieht, wie schon bemerkt, auf den ersten Blick ziemlich harmlos aus. Die Punkte, die es der Beratung unterbreitet, sind vorwiegend wirtschaftlicher Natur: sie bestehen in der Einführung eines gemeinsamen Münz-, Maß- und Gewichtssystems, einheitlicher Regelung des Patentwesens und des Markenschutzes, einheitlicher Gesetzgebung in Bezug auf die Sicherheit der Personen und des Eigentums und Bildung eines alle amerikanischen Staaten von unabhängiger Stellung umschließenden Zollvereins und Herstellung regelmäßiger und häufiger Dampferfahrten zwischen den Häfen der verschiedenen Länder; ferner Einsetzung eines obersten Schiedsgerichts zur Erledigung bestehender und etwa in Zukunft sich ergebender Meinungsverschiedenheiten wirtschaftlicher Natur, endlich Vereinbarungen mit der Bestimmung, die gemeinschaftliche Abwehr von Einmischungen europäischer Mächte in amerikanische Fragen und Verhältnisse zu erleichtern. Der Gedanke ist augenscheinlich von Kreisen ausgegangen, als deren Mittelpunkt der Minister des Präsidenten für das Auswärtige, Blaine, ein hitziger und nach Art seiner irischen Stammesgenossen mit viel Phantasie begabter Kopf, zu betrachten ist, und wird wahrscheinlich noch weniger gelingen als der in England verfolgte, die in Amerika, Asien, Afrika und Australien gelegnen Kolonien in der Weise untereinander und mit dem Mutterlande enger zu verbinden, daß sie mehr als seither ein Reich bilden. Denn steht dem hier die große Verschiedenheit der Interessen im Wege, so ist dies dort, wo es wesentlich verschiedene Nationalitäten und festgegründete Staaten zu vereinigen gilt, noch weit mehr der Fall, und es läßt sich nicht wohl darauf hinweisen, daß in den nordamerikanischen Staaten ja bereits sehr verschiedene Nationen, Engländer, Irländer, Deutsche, Franzosen (in Louisiana) und Spanier fest mit einander verbunden sind. Jedenfalls hat die Ausführung des Planes der Partei Blaines sehr große Hindernisse vor sich, die nicht bloß für die Gegenwart bestehen. Amerika ist zunächst keine geographische Einheit, es zerfällt in zwei Hälften, einen südlichen und einen nördlichen Kontinent, die nur durch eine verhältnismäßig schmale Brücke, Zentralamerika, zusammenhängen, welche sich durchaus nicht zu einem Handelswege eignet, sich auch nicht dazu machen läßt. Sodann sind die ethnographischen Verhältnisse in der Südhälfte nach ihrer natürlichen Beschaffenheit wesentlich anders als in der nördlichen. Hier beherrscht das englische Element fast gänzlich die übrige Bevölkerung, hier sind weite Strecken bereits dicht bewohnt, andre füllen sich rasch mit Menschen, und die indianischen Urstämme sterben zusehends aus. Dort dagegen wohnen Spanier, in Brasilien Portu-

\*) Die Abgeordneten sind nach den letzten Nachrichten bereits eingetroffen und von dem Staatssekretär Blaine feierlich begrüßt worden, werden aber ihre Beratungen erst im November beginnen und sich inzwischen auf einer Rundreise das Land Uncle Sams besehen.

giesen, gemischt mit Indianern in großer Zahl, die sich teils noch im Urzustande befinden, teils, namentlich in Mexiko, sesshaft geworden sind und so weit sich dem Kulturleben eingefügt haben, daß sie im Parteitreiben und im Staatsdienste eine Rolle spielen, wie denn z. B. der Hauptführer bei der Bekämpfung des Kaisers Maximilian, der spätere Präsident Suarez, von indianischem Blute war. Der Süden ist endlich fast allenthalben nur an den Küsten einigermaßen dicht bewohnt, und ungeheure Strecken im Innern bestehen aus Urwäldern und menschenleeren Grasebnen, die nur an den großen Strömen und auch hier nur wenig bekannt sind. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der hier sich ausbreitenden Staaten, Verhältnisse, um die es sich bei dem Blaineschen Kongresse in erster Reihe handeln soll, drängen also keineswegs zu einem Anschluß an den Norden, der überdies diesen Anschluß selbstverständlich nicht der schönen Augen wegen, die ihm an den Südamerikanern gefallen haben könnten, auch nicht aus allgemeiner Menschenfreundlichkeit, sondern aus selbstfüchtigen Gründen vorgeschlagen hat, die zunächst darin liegen, daß er als größtes und stärkstes Mitglied der wirtschaftlichen Genossenschaft die Hauptrolle darin zu spielen und sie nach Möglichkeit seinen Interessen dienstbar zu machen hofft, dann aber in der Absicht bestehen, den wirtschaftlichen Bund der transatlantischen Republiken in Zukunft allmählich in einen politischen zu verwandeln und in der Zwischenzeit ihn den europäischen Mächten und deren Interessen gegenüber zu stellen. Anlaß dazu würde sich z. B. in der Durchstechung Mittelamerikas und der damit herbeigeführten Annäherung Europas an die zukunftsreiche Südsee ergeben.

Nicht sowohl in den etwa zu erwartenden Beschlüssen des jetzt der Eröffnung entgegengehenden Kongresses liegt die Bedeutung und die Gefahr desselben für uns, als darin, daß mit ihm der Grundgedanke verfolgt und vielleicht gefördert werden wird, daß den Vereinigten Staaten von rechts wegen ein ausschlaggebender Einfluß auf beide Hälften Amerikas, eine Art Hegemonie zuvörderst in wirtschaftlichen, dann auch in politischen Fragen gebühre. Die Südamerikaner haben eben sehr wenig Ursache, diesen Gedanken anzuerkennen und ihm Opfer an Selbständigkeit zu bringen. Ihre natürlichen Interessen weisen sie, wie aus einem Blicke auf ihre Handelsstatistiken erhellt, weit mehr auf die europäische Aus- und Einfuhr als auf die nordamerikanische hin, und nach dem Segen, den ihnen die Union in politischer Hinsicht verheißen könnte, werden sie schwerlich viel mehr Verlangen tragen als wir. Man hat in dem Verhalten der Washingtoner Regierung zu dem Panamakanal und zu dem Nicaraguaprojekt, desgleichen in der Aufdringlichkeit, mit der Hurlbut, der Vertreter dieser Regierung, 1881 in dem Streite zwischen Peru und Chile den Vermittler zu spielen versuchte, einen genügenden Vorgeschmack von diesem Segen gehabt. Wir täuschen uns hierin nicht. In der That haben mehrere südliche Republiken ihrer Abneigung, der Einladung nach Washington zu folgen,

Ausdruck gegeben, und die, die kommen, werden schwerlich verfehlen, mehr oder minder entschieden zu erklären, daß sie die amerikanischen Ansprüche nicht als durchaus selbstverständlich und ohne reifliche und gründliche Prüfung annehmbar betrachten können. In den meisten südamerikanischen Staaten fürchtet man heutzutage viel weniger die Gegnerschaft europäischer Mächte als die nach dem vermehrten und verbesserten Monroe gepredigte Beglückungstheorie des Bruders Sonathan oben am Potomac. Besonders ist dies in Mexiko der Fall, wo man zu erwarten hat, daß auf Grund eines zweideutigen Landkaufvertrags demnächst an den Staat Unterkalifornien die Reihe kommen wird, von dem Nachbar, der den Kongreß mit dem Schiedsgerichte vorgeschlagen hat, verschlungen zu werden. Und in Bunnos Ayres wird man sich seit 1856 wohl auch nicht anders besonnen haben, als wie es in der Antwort lag, die dieser Staat an der Spitze einiger andern auf die Einladung erteilte, zur Vereinbarung des Kontinentalvertrags Bevollmächtigte nach Washington zu senden. Sie ging dahin, das unabhängige Amerika brauche keine Furcht vor Europa zu haben, wohl aber bedürfe es noch für unabsehbare Zeit des Zuflusses europäischer Kapitalien und Arbeitskräfte geistiger und physischer Art.



## Die Kündigung der Banknotenprivilegien



nach dem deutschen Bankgesetze vom 14. März 1875 hat das der Reichsbank und den Privatnotenbanken, die sich dem Bankgesetze unterworfen haben, erteilte Privileg zunächst auf weitere zehn Jahre vom 1. Januar 1891 ab fortzubestehen, wenn es nicht bis Ende Dezember 1889 für Ende 1890 gekündigt ist. In § 44 des Bankgesetzes ist den privilegierten Banken zugesichert, daß von Seiten des Bundesrates eine Kündigung nur eintreten werde zum Zwecke weiterer einheitlicher Regelung des Notenbankwesens oder wenn eine Notenbank den Anordnungen des Bankgesetzes zuwider gehandelt habe.

Das Herannahen des Kündigungsstermins hat begreiflicherweise manche Meinungsäußerung hervorgerufen, aber die Frage ist immer recht einseitig und, wenigstens vor Erscheinen von Masses Aufsatz im Maihefte der Preussischen Jahrbücher,\*) nirgends mit tieferm Erfassen der wichtigen Entscheidungsgründe

\*) Der vorliegende Aufsatz lag bereits druckfertig da, als die Masseschen Ausführungen erschienen, die in manchen Punkten unsern Ansichten entsprechen. Wir lassen daher unsern Aufsatz, wie er war, und fügen nur an einigen Stellen den Vergleich mit Masse hinzu. Gegen- Grenzboten IV 1889